

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 6 Uhr für den ...-ten Tag. Bezugspreis: 10 Mark pro Monat, 30 Mark pro Vierteljahr, 100 Mark pro Jahr. ...
Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Verleger: ...
Redaktion: ...
Druck: ...
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 35. 85. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Mittwoch, den 10. Februar 1926

Deutschlands Anmeldung in Genf.

Das Reichskabinett hat einstimmig die Absendung einer Note beschlossen, durch welche der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund angemeldet wird. Die Note wird alsbald nach der Überreichung in Genf veröffentlicht werden.

Von politischer Seite wird uns zu diesem wichtigen Schritt der deutschen Reichsregierung folgendes geschrieben: Gleichzeitig mit der Mitteilung, daß das Ausnahmegericht nach Genf abgegangen ist, hat die Regierung noch einmal die Gesichtspunkte erörtert, die sie zu diesem Schritt veranlaßt haben.

Es wird dargelegt, daß die Verhandlungen über das Dawes-Abkommen in London einen entscheidenden Wendepunkt in dem ganzen Verhältnis der Entente zu Deutschland und damit auch wieder zu der Frage der Stellung Deutschlands zum Völkerbund gebracht habe. Wir haben dann eigentlich schon im September 1924 unsere grundsätzliche Bereitwilligkeit, dem Völkerbunde beizutreten, zum Ausdruck gebracht, machten aber unseren endgültigen Entschluß von der Klärung gewisser Fragen abhängig. Das zu bewerkstelligen war die Aufgabe der darauffolgenden Zeit. Locarno bedeutete den zweiten Abschnitt. Aber erst durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund werde das Vertragswerk von Locarno zur Wirklichkeit, damit werde für die Friedensstraße in Europa ein fester Boden geschaffen.

Auch wer Gegner der Locarno-Politik der Reichsregierung ist und diese Gesichtspunkte nicht für richtig hält, wird damit sehr einverstanden sein, daß die Regierung in ihrem Kommentar größtes Gewicht auf die Selbstverständlichkeiten legt, die aus dieser Entwicklung zu gegenseitigem friedlichen Verständnis hervorgehe. Abgesehen davon, daß mit dem Eintritt in den Völkerbund Deutschland sozusagen wieder in die Weltpolitik einträte, weil es jetzt an den großen politischen Entscheidungen wieder beteiligt ist, so kann es vor allem im Völkerbund jetzt zum mindesten eine Beratung darüber herbeiführen, wieweit unanwendbar gewordenen Verträge einer Nachprüfung zu unterliegen haben und solche internationalen Verhältnisse zu untersuchen sind, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährde. Das ist eine deutliche Anspielung auf den Artikel 19 der Völkerbundsatzung. Dieser Artikel gibt uns ein Recht, das wir uns nicht nehmen lassen werden, ebensowenig wie jenes andere, unter ausdrücklicher Bezugnahme auf eine ganze Reihe von Artikeln jenes Statuts, auch auf die Frage der allgem. Abbrüstung zu sprechen zu kommen; ebensowenig aber auch auf eine andere Reihe für Deutschland lebenswichtiger Fragen, also das Saargebiet, Danzig, die Kolonialmandate, besonders aber das Problem der Minderheiten. Angesichts der großen Zahl von deutschen Stammesangehörigen, die in fremden Staatsverbänden leben, hat Deutschland die Pflicht, sich an der Gestaltung des Schicksals der Minderheiten nach seiner Kraft aktiv zu beteiligen, so heißt es in dem Kommentar der Regierung, der die Nachsicht von der Absendung des deutschen Eintrittsbeschlusses begleitet.

Die Gegner unseres Eintritts verweisen immer auf das Verhalten des Völkerbundes uns gegenüber in der Vergangenheit. Die Regierung aber hofft, daß jetzt ein anderer Geist einziehen werde und daß die Frage, ob sich durch den Eintritt für uns konkrete Vorteile bieten werden, zu bejahen sei. Zu bejahen schon deswegen, weil wir im Völkerbund gleichberechtigt seien. Das ist allerdings bisher nur eine Hoffnung und es wird sich zeigen müssen, ob namentlich die Besatzungsmächte aus dieser Gleichberechtigung die selbstverständlichen Schlüsse ziehen werden. Die größte Selbstverständlichkeit dabei ist, daß nach dem Abschluß des Vertrages von Locarno überhaupt jede innere Berechtigung für die Verlegung deutschen Bodens durch fremde Truppen fehlt, daß also zunächst eine weitere erhebliche Verminderung der Besatzungslasten in der zweiten und dritten Zone, namentlich eine starke Verminderung der Truppenzahl erfolgen müsse. Die Stärke der Hoffnung soll nun aber nicht dadurch verringert werden, daß man mit schnellen Entscheidungen nach den zahlreichen angebotenen Richtungen hin wohl kaum rechnen darf, daß schnelle Erfolge wohl nicht eintreten werden. Man werde sich mit einem langsamen Vorwärtstommen Schritt um Schritt begnügen müssen.

Es sind bestimmte Erwartungen, bestimmte Ziele, die hier die deutsche Reichsregierung für ihre Politik im Völkerbund zum Ausdruck bringt. Ob es eine Politik des Erfolges oder des Mißerfolges wird, kann erst die Zukunft lehren; wir aber müssen darauf dringen, daß diese Zukunft nicht eine allzu späte ist. Graf Apponyi, der Vertreter Ungarns, hat als Mitglied des Völkerbundes in Genf schwere Klagen führen müssen, daß sich nicht in dem Verhältnis der Entente zu Ungarn geändert habe, obwohl dieses Land doch Mitglied des Völkerbundes sei. Daß wir in Genf eine leichtere Stellung haben werden als Ungarn, ist nicht anzunehmen. Wenn die Regierung der Ansicht ist, daß trotz allem der Eintritt in den Völkerbund uns die Möglichkeit von Vorteilen bringe, so wird sie doch bereit sein, prüfen zu lassen, was an Vorteilen uns wirklich erwächst.

Deutschlands Antwort an Mussolini.

Frevel oder Lächerlichkeit.

n. Berlin, 9. Februar.
Deutlich, aber treffend — das war das allgemeine Urteil, als Dr. Stresemann im Reichstage die Drohungen Mussolinis, Italiens Tricolore unter Umständen über den Brenner nach Norden vortragen zu wollen, als Frevel oder Lächerlichkeit bezeichnete. Stresemann sprach überhaupt mit der Situation angepaßter Entschiedenheit, obwohl er sich des Tones guter Erziehung und diplomatischer Geistesgegenwart nicht beraubte — was in bezug auf die merkwürdigen unmotivierten Angriffswendungen Mussolinis in der italienischen Kammer kaum behauptet werden kann.

Das Haus folgte den Ausführungen des Außenministers mit gespannter Aufmerksamkeit und häufig genug unterstrich es seine Darlegungen mit rüchhaltigem Beifall, namentlich dann, wenn Stresemann wieder einmal die Ausfälle des italienischen Diktators als durch nichts begründete Anschuldigungen verurteilte, wenn er weiterhin den scharfen Gegensatz der jetzigen Haltung des römischen Reichsherrn zu allen früheren feierlichen Erklärungen nicht allein der italienischen Regierungskreise, sondern sogar des Königs von Italien in bezug auf die Behandlung der deutschen Minderheiten beleuchtete.

Aber heftigkeit und Maßlosigkeit, beide sprachen aus Mussolinis Rede, meinte Stresemann. Das ganze deutsche Volk und vielleicht noch einige andere Leute außerhalb der deutschen Grenzen werden ihm beifallen. Das befandete der einheitliche Beifall aus dem Hause, als der Redner mit erhobener Stimme zum Schluß für die Gleichberechtigung deutscher Kultur eintrat.

Die Tribünen waren überfüllt. Bei den Sten der Abgeordneten kassien allerdings große Lücken. Als Stresemann begann, war vielleicht nur die Hälfte der Reichsboten versammelt, doch hatten sich die Regierungsparteien ziemlich vollständig eingefunden. Rechts und Links waren manche Sätze unbestimmt. Während sich Links die Nachzügler allmählich einsanden, wurde die Verweisung der Stühle auf der rechten Seite bis zum Schluß nicht überwunden. Aus der Diplomatenloge sah der englische Botschafter Lord d'Abernon, der österreichische Gesandte Dr. Frank mit seinem gesamten Stabe und als Italiens Vertreter, dessen Vortragsstunde zurzeit frei ist, drei Mitglieder der Botschaft dem Schauspiel zu. Nach der Rede Stresemanns fanden die folgenden Erklärungen der einzelnen Parteien kein wesentliches Interesse mehr.

Sitzungsbericht.

(186. Sitzung.) O. B. Berlin, 9. Februar.
Der Sitzungssaal füllte sich langsam. Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat schon einige Minuten vor Sitzungsbeginn seinen Platz eingenommen. Auf der Tagesordnung stehen die Interpellation der Deutschnationalen über die Bedrückung der deutschen Bevölkerung in Südtirol und die Interpellation der Regierungsparteien wegen der jüngsten Mussolini-Rede.

Dr. Stresemanns Rede.

Die Ausführungen des italienischen Ministerpräsidenten in der Sonntagsabendsitzung der italienischen Kammer greifen tief ein in das Verhältnis Italiens zu Deutschland. Sie rollen darüber hinaus die Gesamtfrage auf, die mit dem

Völkerbundrat am Freitag.

Die deutsche Völkerbundnote.
Die Note mit der Anmeldung Deutschlands zum Völkerbund ist unmittelbar nach Beschlußfassung durch die Reichsregierung mit einem Kurier nach Genf abgegangen. Die Note stellt sich als ein verhältnismäßig kurzes Dokument dar, dessen wesentlicher Teil der formelle Antrag um Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ist. Der Note ist ein Schreiben des Reichsaussenministers beigegeben, in dem noch einmal auf die verschiedenen Schritte hingewiesen wird, die der Vorbereitung von Deutschlands Eintritt in den Völkerbund gedient haben. In diesem Material wird besonders betont, daß Deutschland im Falle eines Eintritts in den Völkerbund einen Sitz im Völkerbundrat beanspruchen müsse, und ferner wird auf die Schwierigkeiten des Artikels 16 (Durchmarschrecht) hingewiesen. Die Note wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Wie die Schweizerische Depeschengenerierung vernimmt, wird das Gesetz Deutschlands um Aufnahme in den Völkerbund dem Generalsekretär am Mittwoch, den 10. Februar, durch den deutschen Generalkonsul in Genf, Aschmann, zugestellt werden. Der Völkerbundrat ist für Freitag zu einer außerordentlichen Tagung unter dem Vorsitz des italienischen Vertreters einberufen, um über die Einberufung der außerordentlichen Völkerbundversammlung Beschluß zu fassen, welche sich über das Zulassungsrecht Deutschlands auszusprechen und die damit zusammenhängenden Fragen zu beraten hat. Diese Berammlung ist für den 10. März vorgesehene.

Abschluß der Verträge von Locarno und mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund

in Verbindung stehen. Der rhetorische Ausbruch des Herrn Mussolini gabe Veranlassung, ihm in der gleichen Weise zu antworten; die deutsche Reichsregierung muß es jedoch ablehnen, der mehr auf Massenberechnungen als auf die tatsächlichen Ministerpräsidenten zu folgen. (Großer Beifall.) Wir wollen vielmehr in aller Sachlichkeit die Vorgänge untersuchen. Daß Südtirol Italien zugesprochen ist, wird von uns anerkannt, die italienische Souveränität in diesem Gebiet ist von uns stets respektiert worden und wird immer respektiert werden.

Es gibt nicht nur ein internationales Recht, sondern auch eine internationale Moral.

(Beifall.) Unter lauten Heil-Hörli-Rufen verließ der Minister dann die verschiedenen feierlichen Versicherungen des Königs von Italien und der amtlichen Stellen Italiens, in denen bei der Besitzergreifung Südtirols durch Italien der deutschen Bevölkerung jenes Landes die Wahrung ihrer Kultur und des deutschen Schutzes in Südtirol zugesagt wurde.

Im Gegensatz zu allen diesen Versicherungen hat das faschistische Regime eine bewusste Italianisierung und Entdeutschung Südtirols vorgenommen.

Aber diese nicht zu leugnende und auch von Mussolini nicht geleugnete Tatsache ist die Öffentlichkeit unterrichtet. Sie ist nur verwirrt worden durch unwahre und entstellte Einzelnachrichten, wie die von einem Verbot der Weihnachtsbäume und der geplanten Beseitigung des Walter-Denkmals in Bozen. Die deutsche Regierung hat diese falschen Nachrichten, denen sie vollkommen fernsteht, außerordentlich bebauert und die Presse zu größter Vorsicht ermahnt. Es ist auch die Vermutung geäußert worden, daß solche falschen Nachrichten absichtlich von Propagandateuren verbreitet wurden. Diese behauerlichen falschen Nachrichten ändern aber nichts an dem Gesamtzustand der Italianisierung Südtirols. (Sehr wahr!) In München ist in der Tat von wenigen Privatleuten eine

Bewegung zum Boykott Italiens

eingeleitet worden. Hinter dieser Bewegung stehen weder die bayerische Regierung noch deutsche amtliche Stellen. Ich halte es für durchaus unangebracht, wenn einige Durcheinander Leute glauben, auf diese Weise deutsche Außenpolitik machen zu können. Diese reine Privatbewegung von unverantwortlichen Leuten hat den italienischen Ministerpräsidenten veranlaßt, dem deutschen Botschafter gegenüber zu erklären, daß er amtlich die Einfuhr deutscher Waren verbieten und zum Boykott Deutschlands auffordern würde, wenn derartige Beschränkungen nicht aufhören. (Lauter Unerhört!)

Ich halte es für ein unmaßstäbliches Vorgehen, die von der Regierung gemißbilligte Bewegung unverantwortlicher Kreise mit dem Versuch internationaler handelspolitischer Abmachungen beantwortet zu werden. Auf solcher Basis ist ein internationales Zusammenleben nicht möglich. (Beifall.)

Wie an andere Staaten so ist auch an uns die Frage gerichtet worden, wie wir uns zu einer

Revision der Brennergrenze

stellen. Unsere Antwort war selbstverständlich die, daß wir für eine solche Frage nicht die richtige Adresse sind. Österreich, nicht wir, grenzt an Italien.

Wir achten das Selbstbestimmungsrecht der Völker und haben nur den Wunsch, daß unseren und Österreichs Wünschen, die auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruhen, nicht in die Enge getrieben die Hindernisse entgegengesetzt werden, die wir seit 1919 erfahren haben. Wir können uns auch nicht der Meinung anschließen, daß es zweierlei Grenzen in Europa gibt, solche, die vertraglich garantiert, und solche, die laßig sind. Das, was hier der deutschen Politik an Expansionsbestrebungen unterstellt wird, ist vollkommen falsch.

(Fortsetzung auf nächster Seite.)

gen den Fragen zu beraten hat. Diese Berammlung ist für den 10. März vorgesehene.

Der „Daily Telegraph“ weiß übrigens zu melden, daß man sowohl in Kreisen englischer Politiker wie auch in Völkerbundkreisen nervös ist, da sich gewisse Intrigen gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund bemerkbar machen. Der Vertreter einer Macht soll die Andeutung gemacht haben, daß, wenn sein Land nicht auch gleichzeitig mit Deutschland einen ständigen Sitz im Völkerbundrat erhalte, er wahrscheinlich den Austrag erhalten würde, sich gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbundrat zu wenden und so den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu verhindern. Das Unerfreulichste an dieser Entwicklung aber sei, daß die britische Regierung und die britische Delegation sich vor die Frage gestellt sehen, entweder den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hinauszuschieben oder gleichzeitig mit Deutschland zwei oder drei anderen Mächten einen ständigen Sitz im Völkerbundrat zu gewähren, was aber der britischen Regierung keineswegs erwünscht sei.

Auf eine Anfrage Renworths' dementierte Ministerpräsident Baldwin im Unterhaus im schärfsten Tone, daß irgendwelche politischen Abmachungen zwischen England und Italien aus Anlaß der Schuldenregelung als Nebenabkommen getroffen seien. Die Gerüchte hierüber waren vom englischen Arbeiterführer Macdonald verbreitet worden. Auf die Kundgebung gab es eine *Spontane Demonstration* bei allen Parteien des Hauses.